

ausschließlich per E-Mail

Berlin, 6. August 2021

**Erwartungen der Tourismuswirtschaft an die Ministerpräsidentenkonferenz
am 10. August 2021: Weiteren Lockdown verhindern!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als eine der von der Pandemie und den zurückliegenden wie aktuellen Eindämmungsmaßnahmen am stärksten betroffenen Branchen wenden wir uns heute im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz am 10. August und der dort zu erwartenden Weichenstellungen für den Herbst an Sie.

Die Krise ist für die Tourismuswirtschaft noch nicht vorbei. Auch wenn Tourismus zumindest in Teilen wieder möglich ist, verhindern die nach wie vor geltenden Auflagen und Einschränkungen ein normales Geschäft in unserer Branche. Die Tourismuswirtschaft hat über viele Monate hinweg ein Sonderopfer erbracht, damit andere Teile der Wirtschaft und Gesellschaft offengehalten werden können. Dieses Sonderopfer darf – auch angesichts einer mit dem Vorjahr nicht mehr zu vergleichenden Gesamtsituation – nicht unbegrenzt verlängert bzw. erneuert werden.

Wir erwarten, dass bei der Ministerpräsidentenkonferenz die Weichen dafür gestellt werden, dass insbesondere ein weiterer Lockdown der Tourismusbranche vermieden wird. Wir sind im 18. Monat der Pandemie und damit auch im 18. Krisenmonat für die Tourismuswirtschaft. Dauerhafte verhältnismäßige Lösungen sowie situationsgerechte Neujustierungen im Umgang mit der Krise sind erforderlich.

Wir appellieren an Sie, für dauerhafte Öffnungen zu sorgen und den Unternehmern wie Mitarbeitern der Tourismusbranche wieder Perspektiven zu geben. Die Gesamtsituation lässt dies Stand heute zu. Genauso appellieren wir an Sie, die Unternehmen, die aufgrund der Beschränkungen noch Hilfe benötigen, nicht fallen zu lassen, sondern ihnen notwendige Coronahilfen zur Verfügung zu stellen.

Folgende konkrete Punkte sind dabei aus unserer Sicht essentiell:

- **Es ist überfällig, neue Parameter zur Beurteilung der Infektions- und Gefährdungslage zu definieren.** Die alleinige Ausrichtung von (einschränkenden) Maßnahmen am Inzidenzwert ist unseres Erachtens nicht verhältnismäßig. Mehr als jeder zweite Deutsche ist mittlerweile geimpft, bei den Über-60-Jährigen liegt die Impfquote sogar bei über 80 Prozent. Die Impfquote muss künftig genauso mit berücksichtigt werden wie Krankheitsverläufe, die Hospitalisierungsrate und die Auslastung der Intensivstationen. Auf jeden Fall ist es notwendig, als ad hoc-Lösung die in den Landesverordnungen aktuell geltenden Schwellen-Inzidenzwerte (derzeit 10, 25, 35, 50 und 100) signifikant heraufzusetzen, ab denen automatisch Verschärfungen greifen. Auch Gerichte mahnen mittlerweile an, dass mindestens die Anpassung der aktuellen Schwellenwerte an die geänderte Sachlage – sprich unter anderem deutlich erhöhte Impfquote - notwendig ist (s. OVG Lüneburg, AZ 13 MN 352/21).
- **Für Gesellschaft wie Wirtschaft ist der Erfolg der Impfkampagne maßgeblich. Es muss jetzt alles darangesetzt werden, um eine möglichst hohe Impfquote zu erreichen.** Aufklärung und Werbung für Impfungen sind zu intensivieren. Unbürokratische Impfangebote für alle Bürger müssen geschaffen werden. Mit niederschweligen Angeboten gilt es, vor dem Herbst noch einmal eine neue Dynamik in die Impfkampagne zu bringen. Hierfür müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam sorgen!
- **Die Coronahilfen müssen dringend bis mindestens Jahresende verlängert werden.** Egal ob Fernreisen, Stadthotellerie, Großveranstaltungen oder Discotheken: Viele Bereiche der Tourismuswirtschaft sind derzeit noch mit massiven Einschränkungen konfrontiert. Ökonomen und Teile der Politik fordern ein Ende der Überbrückungshilfen, da diese den Wettbewerb verzerren würden. Dem widersprechen wir ausdrücklich. Denn Verbote, Quarantäneregelungen für Reisende und massive Auflagen für den Geschäftsbetrieb verhindern in großen Teilen unserer Branche nach wie vor ein normales Geschäft und die Teilnahme an einem „normalen“ und fairen Wettbewerb. Diese Situation ist nicht selbst verschuldet, sondern politisch gesteuert. Deshalb appellieren wir an Sie, im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz die Verlängerung der Überbrückungshilfe wie auch der

bestehenden Kurzarbeitsregelungen für die weiterhin betroffenen Betriebe bis mindestens Ende 2021 zu beschließen.

- **Ganz grundlegend fordern wir eine permanente Evaluierung der Corona-Maßnahmen**, die sich einerseits auf neuste wissenschaftliche Erkenntnisse und andererseits auf die Geeignetheit und Erforderlichkeit von Maßnahmen stützt. Auch Erkenntnisse aus anderen Staaten sollten dabei mit einbezogen werden. Wenn sich zeigt, dass liberalere Ansätze anderswo funktionieren, sollte diesen auch in Deutschland eine Chance eingeräumt werden.
- **Hinsichtlich der Frage, ob die Schnelltests für Bürgerinnen und Bürger kostenlos bleiben, appellieren wir an Sie, die Entscheidung darüber vorerst zu vertagen**, bis neue Erkenntnisse über die weitere Entwicklung der Impfraten und die von bereits Geimpften ausgehende Ansteckungsgefahr vorliegen. Die Kosten für eine weitergeführte Übernahme der Schnelltests erscheinen vergleichsweise gering im Vergleich zum volkswirtschaftlichen Schaden, den mögliche neuerliche Einschränkungen in Folge eines wieder anziehenden Infektionsgeschehens ggf. mit sich bringen würden.
- Eine staatlich verordnete sogenannte **2G-Regel**, also nur noch Geimpften und Genesenen (aber nicht mehr negativ Getesteten) den Zugang zu bestimmten Einrichtungen zu erlauben, kann aus unserer Sicht nur eine allerletzte Eskalationsstufe sein, wenn andere Maßnahmen nicht mehr greifen.

Den Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums die **3G-Regel** (Zugang nur für Geimpfte, Genesene und Getestete) ab September zum Beispiel für die Innengastronomie und Hotelübernachtungen völlig **unabhängig vom Inzidenzwert** (also auch bei niedrigsten Inzidenzen) einführen zu wollen, sehen wir ebenfalls kritisch. Hier fordern wir eine kritische Prüfung, ob diese Maßnahme geeignet und erforderlich und damit gerechtfertigt ist.

- **Die weiter anhaltende bzw. wieder aufkeimende Stigmatisierung des Reisens muss endlich ein Ende finden.** Politische Kritik insbesondere an Auslandsreisen mit teilweise undifferenzierten Aussagen über die angeblich massiv steigende Infektionsgefahr durch Reiserückkehrer verunsichern die Bürger und diskreditieren den Tourismus. Der zu verzeichnende absolute Zuwachs an Infektionen unter Reiserückkehrern in den vergangenen Wochen geht in erster Linie darauf zurück, dass in den Sommerferien einfach mehr Menschen auf Reisen unterwegs sind - und nicht darauf, dass sich die Wahrscheinlichkeit des Einzelnen deutlich erhöht hätte, sich unterwegs anzustecken.

Die erkennbare Unsicherheit im Umgang mit dem Thema Reisen mündete zuletzt in ständig und sehr kurzfristig veränderten Einreiseregulungen. Diesen liegen mittlerweile leider auch keine klaren Kriterien und kein transparenter Prozess mehr zugrunde. Das alles zusammen verunsichert unsere Unternehmer und insbesondere

unsere Kunden. Hier brauchen wir dringend ein Umdenken. Tragen auch Sie dazu bei, wieder mehr Verlässlichkeit und einen neutraleren und sachlicheren Umgang mit der Tourismusbranche zu garantieren.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Rabe

Generalsekretär Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V.



Ingrid Hartges

Hauptgeschäftsführerin DEHOGA Bundesverband e. V.



Dirk Inger

Hauptgeschäftsführer DRV Deutscher ReiseVerband e. V.



Benedikt Esser

Geschäftsführender Präsident RDA Internationaler Bustouristik Verband e. V.



Markus Luthe

Hauptgeschäftsführer Hotelverband Deutschland (IHA) e. V.



Norbert Kunz

Geschäftsführer DTV - Deutscher Tourismusverband e. V.



Timo Feuerbach

Geschäftsführer EVVC Europäischer Verband der Veranstaltungs-Centren e.V.